

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 3 3 9 / 2 0 2 3 / B V

Datum:
26.09.2023

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Kommunales Wahlrecht für alle –
Beitritt zur Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere
Stimmen"**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. November 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Migrationsbeirat	05.10.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	25.10.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	15.11.2023	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Migrationsbeirat und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat den Beschluss, der Städte-Erklärung „Unsere Städte, unsere Stimmen“ des europäischen Netzwerks „Voting Rights for ALL Residents“ beizutreten, das ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner und Einwohnerinnen unabhängig von ihrer Herkunft fordert.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Durch den Beitritt zur Städte-Erklärung „Unsere Städte, unsere Stimmen“ soll ein politisches Signal für die Unterstützung der Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrer Herkunft gesetzt werden.

Sitzung des Migrationsbeirates vom 05.10.2023

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 07 Nein 00 Enthaltung 02

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.10.2023

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2023

34.1 **Kommunales Wahlrecht für alle - Beitritt zur Städte-Erklärung „Unsere Städte, unsere Stimmen“ Beschlussvorlage 0339/2023/BV)**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf die einstimmige Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Stadtrat Kutsch erklärt für die CDU-Fraktion, dass man diesem Aufruf nicht zustimmen werde. Ein kommunales Wahlrecht nach nur zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland zu bekommen, halte man für verfrüht. Zu diesem Zeitpunkt sei möglicherweise die deutsche Sprache noch nicht erlernt worden oder man habe noch keine Möglichkeit gehabt, sich mit dem Thema Demokratie auseinanderzusetzen.

Die in Heidelberg gelebte Willkommenskultur und die Integrationsleistung sei davon unberührt und wichtig. Selbst im Migrationsbeirat habe es zwei Enthaltungen zu diesem Tagesordnungspunkt gegeben. Das zeige, dass man sich inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzen müsse.

An der folgenden Diskussion beteiligen sich die Stadträtinnen Kiziltas und Dr. Geugjes sowie die Stadträte Leuzinger, Geschinski, Michelsburg, Butt, Cofie-Nunoo und Kutsch.

Hierbei schließt sich Stadtrat Geschinski den Gegenargumenten von Stadtrat Kutsch an und ist damit gegen die Verwaltungsvorlage. Die weiteren Redner und Rednerinnen sprechen sich für den Beitritt zur Städteerklärung aus.

Folgende Sachargumente werden im Laufe der emotional geführten Diskussion vorgebracht:

- Die Diskussion sei weit entfernt von der Lebensrealität der Menschen mit Migrationsgeschichte.
- Die deutsche Sprache sei nicht zwingend notwendig, um ein ebenbürtiges Mitglied der deutschen Gesellschaft zu sein.
- Durch die Teilnahme an der Kommunalwahl habe die Wählerschaft direkten Einfluss auf die Lebensumstände im eigenen Wohnumfeld und daher sei diese Wahl sehr wichtig für alle.
- Eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland garantiere nicht automatisch ein besseres Demokratieverständnis.

- Den Menschen durch die Teilnahme an der Kommunalwahl Verantwortung zu übergeben und sie mitentscheiden zu lassen, gebe ihnen gleichzeitig ein Verantwortungsgefühl für diese Stadt.
- EU-Bürger und EU-Bürgerinnen, die nur wenige Monate in einer deutschen Stadt gemeldet seien, dürften sich nach aktuellem Recht schon jetzt an der Kommunalwahl beteiligen.
- Es gehe heute lediglich um den Beitritt zu einem Städtebündnis, es werde hier und heute nicht über das Wahlrecht selbst entschieden.
- Beim Migrationsbeirat habe man sich in Heidelberg vor einigen Jahren bewusst dazu entschieden, statt einer demokratischen Wahl eine Benennung der Mitglieder durchzuführen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner erklärt, dass wir in einer sich verändernden Welt mit großer Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung leben. Eine sachgerechte Diskussion zu diesem Thema müsse wohl überlegt geführt werden. Außerdem weist er darauf hin, dass das Städte-Bündnis es sich zur Aufgabe gemacht habe, zu sehen, wie die verfassungsrechtlichen Grundlagen zunächst einmal geschaffen werden können.

Stadträtin Schwitzer meldet sich zur **Geschäftsordnung** und beantragt

Ende der Debatte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt fest, dass sich die FDP zu diesem Zeitpunkt als einzige Fraktion noch nicht an der Diskussion beteiligt habe und sie daher im Falle einer Beschlussfassung über den Geschäftsordnungsantrag das Rederecht noch ausüben könne.

Es gibt ausreichend Unterstützung für den **Geschäftsordnungsantrag**. Daher wird dieser zur **Abstimmung** aufgerufen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Stadtrat Breer hält es für richtig, dass diejenigen, die hier arbeiten, ihre Sozialbeiträge leisten und sich zum Beispiel in Vereinen einbringen, die Möglichkeit erhalten, sich auch kommunalpolitisch zu engagieren, unabhängig von ihrer Herkunft.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur Abstimmung auf.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt, der Städte-Erklärung „Unsere Städte, unsere Stimmen“ des europäischen Netzwerks „Voting Rights for ALL Residents“ beizutreten, das ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner und Einwohnerinnen unabhängig von ihrer Herkunft fordert.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Nein 5 Enthaltung 5

Begründung:

Die Kampagne „Unsere Städte, unserer Stimmen“ wird vom europäischen Netzwerk „VRAR - Voting Rights for ALL Residents“ („Wahlrecht für ALLE Einwohner und Einwohnerinnen“), dem bislang nationale und regionale Organisationen aus Frankreich, Österreich, Belgien, Schweiz, Italien und Deutschland angehören, getragen. Sie wurde am 26.04.2022, dem Internationalen Tag des Wahlrechts, in einem Onlineformat erstmals vorgestellt, an dem sich knapp 70 Personen aus Wahlrechtsinitiativen in neun Ländern beteiligt haben. Anknüpfungspunkt für die Kampagne ist die „Europäische Charta der Menschenrechte in der Stadt“, die bereits 2002 in Saint Denis bei einer Städte-Konferenz in Folge des 50-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschlossen und von rund 400 europäischen Städten (über die Hälfte aus Italien und Spanien) unterzeichnet wurde. In dieser Städte-Charta wird das Ziel eines kommunalen Wahlrechts für sogenannte Drittstaatsangehörige ausdrücklich benannt.

Die Unterzeichnung der in der Anlage 01 beigefügten Städte-Erklärung ist Ausdruck der kommunalpolitischen Überzeugung, dass gleiche Beteiligungsrechte vor Ort ein wesentlicher und mit Blick auf die sich zunehmend durch Migration verändernde Bevölkerungszusammensetzung immer wichtiger werdender Faktor für gelingende Integration sind.

Für die Umsetzung des Wahlrechts bedarf es einer Verfassungsänderung, die einerseits eine jeweils Zweidrittelmehrheit in Bundesrat und Bundestag, andererseits eine entsprechende Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht erfordert.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
DW 4	+	Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern Begründung: Durch ein kommunales Wahlrecht wird die Integration und Teilhabe gefördert.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten: keine

gezeichnet
In Vertretung
Raoul Schmidt-Lamontain

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen"